

Herausforderungen und Handlungsoptionen der Gewerkschaften in Europa vor dem Hintergrund der sozialen und politischen Folgen der Krise

Wolfgang Greif, Oliver Röpke

Trotz aufwendiger Rettungsmaßnahmen durch Institutionen der EU ist es bislang nicht gelungen, die europäische Wirtschaft auf einen sozial ausgeglichenen und nachhaltigen Wachstumspfad zurückzuführen. Im Gegenteil, eine sinkende Investitionsquote der Realwirtschaft und die systematische Unterminierung von Grundrechten und sozialen Standards von Beschäftigten zeugen von den Folgen einer einseitigen und konservativ-liberalen Interessenpolitik. Eine Politik, die europaweit nicht nur mit enormen sozialen Kosten verbunden ist, sondern auch die Position der Beschäftigten und ihrer Vertretungsorgane im politischen Gestaltungsprozess substanziell schwächt. Austeritätsprogramme und Strukturreformen werden als alternativlose Maßnahmen gegen die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise angeführt, die der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Staaten dienen sollen. In ihrer Umsetzung führen sie allerdings zu breitem Sozialabbau und Wohlstandsverlust. Dem gegenüber steht ein von europäischen Gewerkschaften vertretener Ansatz, gemäß dem mit Steuerreformen und Umverteilungsmaßnahmen verbundene Konjunkturprogramme private Investitionen fördern sollen und der drohenden Zerstörung europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit Einhalt geboten werden soll. Die Umsetzung dieses Ansatzes zum Kurswechsel in Richtung eines neuen europäischen Wohlstands- und Verteilungsmodells erfordert die vermehrte Koordination der Gewerkschaftsbünde innerhalb der EU, die Sicherstellung sozialer Grundrechte sowie den Ausbau gewerkschaftlicher Durchsetzungskraft im europäischen Geschehen. Die Stärkung jener Kraft im Zuge der kommenden EU-Wahlen, die in diesem Sinn für „ein anderes Europa“ eintritt, wäre dafür von zentraler Bedeutung.

Challenges and Options for Unions in the EU with Respect to Social and Political Consequences of the Crisis

Wolfgang Greif, Oliver Röpke

Despite several attempts undertaken by institutions of the EU it has not been achieved to bring the European economy back on a socially balanced and sustainable growth path. Declining investment rates and the systematic deterioration of basic rights and social standards of employees show the impacts of a biased and neo-liberal economic policy, a policy which poses enormous social costs and puts employees and their representations at a disadvantage in the political discourse. Austerity programs and structural reforms are presented as being the only possible means of resolving the recent economic and financial crisis. But in reality they lead to broad social losses and decreases in living standards. In opposition to this, European unions support the approach of public investment programs which, conjoint with redistributive taxation reforms, should provide incentives for private investment and prevent the destruction of the European welfare state. The implementation of such a policy requires more coordination among European unions, the protection of basic social rights and a stronger voice of unions in the EU.